



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN
ROBERT GRAF
10.101/349-XI/A/1a/88

II-5266 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Wien, 6.9.1988

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Leopold G r a t z

Parlament
1017 W i e n

2467IAB

1988 -09- 07

zu 25771J

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2577/J betreffend Privatisierung auch bei öffentlichen Leistungen, welche die Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dr. Krünes und Eigruber am 14. Juli 1988 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu Punkt 1 der Anfrage:

Grundsätzlich besteht das Ziel der vorgeschlagenen Maßnahmen nicht in der Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, sondern in einer Effizienzsteigerung und einer Verlagerung vom staatlichen in den privaten Bereich.

Zu Punkt 2 der Anfrage:

Eine Analyse von Betriebskennzahlen der Jahre 1983 bis 1987 wurde von meinem Ressort erstellt. Diese Daten dienen im Rahmen einer von mir eingesetzten Arbeitsgruppe als Grundlage für die weiteren Überlegungen.

Zu Punkt 3 der Anfrage:

Eine Entscheidung über einen allfälligen Verkauf des Fuhrparks und der Werkstätten kann erst nach Vorliegen eines mit den Bundesländern akkordierten Planes für die Privatisierung getroffen werden.

- 2 -

Zu Punkt 4 der Anfrage:

Derzeit werden rund 5.300 Personen in handwerklicher Verwendung vom Bund bezahlt. Welcher Prozentsatz davon künftig der Privatwirtschaft zugerechnet werden kann, läßt sich frühestens nach Vorliegen des in Punkt 3 der Anfrage erwähnten akkordierten Planes abschätzen.

Zu Punkt 5 der Anfrage:

Mit dem Herrn Finanzminister habe ich bereits Kontakt aufgenommen.

Zu Punkt 6 der Anfrage:

Ich bin grundsätzlich bereit, die Bemühungen von Landesrat Dipl. Ing. Freunschlag zu unterstützen. Allerdings ist mir bisher nicht bekannt geworden, daß über die Rationalisierungsbestrebungen im Rahmen der Umgestaltung des Beamtenapparates hinaus, Erhaltungsarbeiten in nennenswertem Umfang an Private übertragen werden sollen.

Ich habe daher von mir aus die Initiative ergriffen und Herrn Landesrat Dipl. Ing. Freunschlag vorgeschlagen, den anstehenden Neubau der Straßenmeisterei Friesach nicht zu vergeben und statt dessen die Erhaltungsarbeiten in diesem Bereich schrittweise zu privatisieren. Damit könnten in relativ kurzer Zeit praxisgerechte Erfahrungen mit der Privatisierung der Straßenerhaltung gewonnen werden.

